

14
81

Union in Deutschland

Bonn, den 30. April 1981

Friede ohne Waffen?

In den letzten Wochen häufen sich Abrüstungsaufrufe, -aktionen und -demonstrationen verschiedenster Gruppen aus dem gesellschaftlichen und politischen Bereich. Sie zeigen, daß die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig vor tiefgreifenden Auseinandersetzungen um die Durchsetzung einer realistischen Politik zur Sicherung des Friedens in Europa steht, stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest.

Die Bedeutung dieser Diskussion wird erst voll erkennbar, wenn man berücksichtigt, daß die im NATO-Doppelbeschluß von 1979 gesetzte Frist für Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt vor einer möglichen Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa als Antwort auf die Bedrohung durch die sowjetischen SS-20-Raketen zur Hälfte abgelaufen ist. Damit wird das politische Ziel der Aktionen klar: Es soll auf jeden Fall auch ohne die Abrüstungsbereitschaft der Sowjetunion die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts in Europa verhindert werden.

Die CDU ist sich der daraus resultierenden Gefahr für den Frieden bewußt. Sie wird auf der nächsten Sitzung ihres Bundesausschusses — dem sogenannten „Kleinen Parteitag“ — am 15. Juni 1981 in Berlin sich dieser Diskussion unter dem Thema „Friede ohne Waffen“ stellen. (Fortsetzung Seite 2)

■ KILOMETER-PAUSCHALE

Ausweichende Antwort der Bundesregierung auf sieben Fragen der Union Seite 5

■ BUNDESWEHR

Apel verschweigt die Wahrheit über unsere Verteidigungsbereitschaft Seite 7

■ JUGENDSCHUTZ-GESETZ

Drängende Probleme erfordern unverzügliche Novellierung Seite 11

■ AUSSIEDLER

Rückgang um nahezu ein Drittel Seite 12

■ SUBVENTIONS-ABBAU

Der von der Regierung eingebrachte Gesetzentwurf ist unzulänglich Seite 13

■ ÖFFENTLICH-KEITSARBEIT

Neuvorstellungen Seite 14

■ ZUR SACHE

Flugblatt zum 1. Mai Seite 15

■ DOKUMENTATION

Arbeitslose Frauen grüner Tell

(Fortsetzung von Seite 1)

Die CDU führt diese Diskussion auf der Grundlage einer klaren sicherheitspolitischen Position:

1. Zur Kriegsverhinderung und Freiheitssicherung bleibt das Nordatlantische Bündnis und die enge Freundschaft mit den Vereinigten Staaten unentbehrlich.
2. Soll unsere Sicherheit wirksam gewährleistet bleiben, bedarf es eines überzeugenden Verteidigungsbeitrages der Europäer, der ungeschmälerter militärischer Präsenz der Nordamerikaner in Europa und ihres nuklearen Schutzes.
3. Unsere Verteidigungsleistungen im Bündnis zielen darauf ab, das Gleichgewicht der Kräfte sicherzustellen und durch Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verhindern.
4. Die Verteidigung unseres Landes ist die Sache des ganzen Volkes. Die Bundeswehr dient der Verteidigung, der Erhaltung der Freiheit und der Sicherung des Friedens.
5. Wir treten für eine Politik ein, die Spannungen vermindert und auf die Beseitigung ihrer Ursachen hinwirkt. Wir sind für Gewaltverzicht und streben Abrüstungsvereinbarungen an, die ein ausgewogenes und kontrolliertes Gleichgewicht auf allen Ebenen schaffen.

Die Verantwortung für die Folgen eines Ungleichgewichts, einschließlich der damit verbundenen Gefahren für den Frieden in Europa und in der Welt tragen diejenigen, die nicht bereit sind, die Verantwortung für das Gleichgewicht der Kräfte mitzutragen, und die dadurch die westliche Verhandlungsposition schwächen.

Die Grausamkeit der Waffen, der Hunger in der Welt und das seit Gründung

der Bundesrepublik Deutschland anerkannte Prinzip des Gewaltverzichts machen das Bemühen um Abrüstung zur moralischen Pflicht. Eine realistische Sicherheitspolitik des Westens muß deshalb Sicherheit und Abrüstung gewährleisten.

Mit großer Aufmerksamkeit wird die CDU die von der SPD angekündigten Gespräche mit Vertretern einer „Alternativen Sicherheitspolitik“ verfolgen. Denn die SPD wird diese Gespräche als eine in den Grundfragen unserer Sicherheitspolitik gesplittete Partei führen. Mit Erhard Eppler als Leitfigur hat die Bewegung „Alternative Sicherheitspolitik“ längst am Präsidiumstisch der SPD Platz genommen. Und Erhard Eppler kann dabei auf eine breite Unterstützung in der SPD rechnen.

Die CDU fordert die SPD auf, vor diesen, jetzt angekündigten Gesprächen Klarheit über die Sicherheitspolitik herzustellen. Andernfalls müssen solche Gespräche innenpolitisch desorientierend wirken und außenpolitisch zu einer weiteren Verunsicherung im westlichen Bündnis über die Zuverlässigkeit des deutschen Bündnispartners führen.

Schickt Pakete nach Polen

In einem „Bild“-Interview erklärte Helmut Kohl zu der wirtschaftlichen Notlage der Polen u. a.: Die Bundesrepublik Deutschland und die anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft helfen bereits durch Nahrungsmittellieferungen. Ich appelliere an die Opferbereitschaft der Deutschen: Erinnert euch an die amerikanischen Care-Pakete nach dem Kriege — schickt jetzt Lebensmittelpakete nach Polen! Durch die Geschichte haben wir Deutschen gegenüber den Polen eine besondere Verpflichtung.

■ INFORMATION

68 Prozent werfen Regierung Wortbrüchigkeit vor

68 Prozent aller Wähler halten die Regierungsparteien für wortbrüchig. Das ergab eine Umfrage der Wickert-Institute. Von den 2 060 Befragten glaubten nur 15 Prozent, SPD und FDP hätten ihre Wahlversprechen eingehalten. 17 Prozent hatten keine Meinung. Die negative Einschätzung der Regierungspolitik zieht sich den Angaben zufolge mit fast gleichbleibenden Prozentzahlen durch alle Altersgruppen und alle Bundesländer.

Protestschreiben im Papierkorb

Die SPD-Abgeordnete Anke Martiny-Glotz hatte unlängst ein Paket mit 150 Protestschreiben gegen die Mineralölsteuererhöhung unbeantwortet in den Papierkorb des Münchener Flughafens geworfen, wo sie von einem Taxifahrer gefunden wurden. Der Siegburger CDU-Abgeordnete Adolf Herkenrath, der Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist, warf seiner Kollegin Doppelzüngigkeit vor, wenn sie in den Fällen, wo die Bundesregierung als Preistreiber — wie bei besagter Mineralölsteuererhöhung — auftritt, Stillschweigen bewahrt, aber seit Jahren gegen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse Sturm läuft. „Die Landwirte haben in den letzten vier Jahren Einkommenseinbußen von rund 25 % hinnehmen müssen und haben damit ein beträchtliches Sonderopfer im Interesse der Preisstabilität und damit im Interesse der Verbraucher erbracht.“ Daß jemand, der die Verbrau-

cherinteressen im Papierkorb vertritt, durch Diffamierung der Landwirtschaft Profil gewinnen will, nennt MdB Herkenrath einen Skandal.

SPD-Juristen gegen den Rechtsstaat

Der Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen Nordrhein-Westfalens forderte kürzlich in einer Erklärung, die Besetzung leerstehender Wohnungen solle nicht strafbar sein, weil sich hier demonstrativer, nicht gewalttätiger Protest gegen Wohnraumspekulanten und Wohnnot manifestiere. Hierzu nahm Friedrich Vogel, MdB, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, wie folgt Stellung: SPD-Juristen setzen hier den Rechtsstaat außer Kraft. Es gehört zum Kernbestand unserer verfassungsmäßigen Ordnung, daß der Gesetzgeber und die Gerichte bestimmen, welches Verhalten strafbar sein soll und welches nicht. Es ist Sache des Gesetzgebers, mit welchem Mittel er das spekulative Leerstehenlassen von Häusern verhindert. Nicht das Faustrecht kleiner Gruppen entscheidet darüber, mag es auch juristisch verbrämt sein.

Es ist die rechtskulturelle Leistung der Neuzeit, daß die gewaltsame Selbsthilfe endgültig beseitigt ist. Wer daran rüttelt, rüttelt am Rechtsstaat. Er gefährdet des Rechtsbewußtsein gerade junger Menschen. Die SPD-Juristen machen sich zum Mittäter. Wollen sie eine andere Republik?

Heinrich-Köppler-Jugendpreis

Erstmalig in diesem Jahr vergibt die Junge Union Deutschlands den Heinrich-Köppler-Jugendpreis im Andenken an Heinrich Köppler, der längere Zeit

Vorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und des Deutschen Bundesjugendringes war. Unter dem Thema „Junges Engagement für Behinderte“ sollen 1981 Jugendgruppen ausgezeichnet werden, die sich unter eigenen Opfern für behinderte Menschen zur Verfügung stellen. Der Heinrich-Köppler-Jugendpreis wird nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten vergeben. Für eine unabhängige Jury haben sich unter dem Vorsitz von Frau Erika Köppler zur Verfügung gestellt:

Dr. Franz Alt (Fernsehjournalist), Friedhelm Geraedts (Journalist, Nachlaßverwalter von Heinrich Köppler), Josef Homberg (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes), Prof. Dr. Erwin Scheuch (Soziologe) und Matthias Wissmann.

Es werden ein erster, zweiter und dritter Preis vergeben, die mit 3 000 Mark, 2 000 Mark und 1 000 Mark dotiert sind.

Der Wettbewerb läuft bis zum 31. Oktober 1981. Bis dahin kann jede Organisation und Einzelperson Vorschläge unterbreiten. Vorgeschlagen werden können Jugendgruppen, Jugendorganisationen, Freundeskreise, Initiativen, Schulklassen usw.

Die genauen Teilnahmebedingungen sind erhältlich bei der Jungen Union Deutschlands, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2.

Gegen Förderung des BBU

Gegen eine weitere finanzielle Förderung des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat sich der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß des Bundestages, Miltner, ausgesprochen. Er begründete seine Forderung damit, daß sich der Bundesverband über das Verbot der De-

monstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf im Februar hinweggesetzt habe. Angesichts der hohen Kosten, die der Einsatz von 10 000 Polizisten verursacht habe, müsse man eher fordern, daß der Staat von Organisationen, die sich bewußt über das Verbot hinweggesetzt hätten, Schadenersatz verlange, erklärte Miltner. Einer solchen Organisation noch Fördermittel zukommen zu lassen, wäre unverständlich. Der Abgeordnete verwies darauf, daß der BBU vom Bundesinnenministerium rund 100 000 Mark erhalten habe.

Barsig: SPD sagt dem Volk nicht die Wahrheit

Eine eklatante Mißachtung sozialdemokratischer Grundsätze sieht der ehemalige Intendant des Senders Freies Berlin (SFB) und frühere SPD-Vorstandssprecher Franz Barsig in den jüngsten medienpolitischen Äußerungen seiner Partei. „In ihrer über 110jährigen Geschichte hat die SPD immer für sich in Anspruch genommen, daß sie dem Volke die Wahrheit sagt. In ihrer Medienpolitik mißachtet sie ihre Tradition, denn alles, was in dem ‚Aktionsprogramm der SPD zu den neuen Technologien im Medienbereich‘ niedergelegt worden ist, sind Vorwände“, schreibt Barsig in dem in Bonn erscheinenden Verleger-Organ „Die Zeitung“.

Barsig vertritt die Meinung, die „Vorwände“ dienen nur dem Zweck, das öffentlich-rechtliche System ungeschmälert zu erhalten und andere Anbieter von der Nutzung von Funk und Fernsehen auszuschalten. Barsig: „Die SPD kämpft für das Monopol von ARD und ZDF, weil sie über Verwaltungs- und Rundfunkräte das Programm und vor allem die Personalpolitik massiv beeinflussen kann.“

■ KILOMETERPAUSCHALE

Ausweichende Antwort der Regierung auf 7 Fragen der Union

Die steuerliche Kilometerpauschale und die Entwicklung der Kfz-Unterhaltungskosten waren Gegenstand einer Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion. Die Bundesregierung sollte mitteilen, wie sich die Unterhaltungskosten eines Pkw vom Typ VW Käfer bzw. Golf pro gefahrenen Kilometer bei einer Jahresfahrleistung von alternativ 10 000, 15 000, 20 000 und 25 000 Kilometern vom 1. Januar 1967 bis heute entwickelt haben und wie hoch die Kilometerpauschale sein müsse, wenn von 50 bzw. 36 Pfennig an diesem Stichtag ausgegangen werde.

Hier die Fragen der Union und die Antworten der Bundesregierung:

① *Wie haben sich die Unterhaltungskosten eines Pkw vom Typ VW Käfer bzw. Golf pro gefahrenen Kilometer unter Zugrundelegung einer Jahresfahrleistung von alternativ 10 000, 15 000, 20 000 und 25 000 km vom 1. Januar 1967 bis heute entwickelt?*

Antwort: Die Haltungskosten für einen VW Käfer/Golf betrugen je gefahrenen Kilometer

② *Wie hoch müßte die Kilometerpauschale unter Zugrundelegung der gestiegenen Unterhaltungskosten bei den alternativen Jahresfahrleistungen von heute sein, wenn ausgegangen wird von a) 0,50 DM am Stichtag 1. Januar 1967, b) 0,36 DM am Stichtag 1. Januar 1967?*

Antwort: Die Bundesregierung sieht keine zwingende Verbindung zwischen den Haltungskosten bestimmter Kraftfahrzeuge und der steuerlichen Kilometerpauschale. Die 1967 aus verkehrs- und haushaltspolitischen Gründen erfolgte Herabsetzung der Kilometerpauschale auf den bis heute geltenden Satz wurde vom Bundesverfassungsgericht im Jahr 1969 für Rechtens befunden (Beschluß vom 2. Oktober 1969, Bundessteuerblatt II 1970 S. 140). Das Bundesverfassungsgericht hat anerkannt, daß der Gesetzgeber nicht gehindert ist, den Werbungskostenabzug mit der genannten Zielsetzung einzuschränken. Die heute verstärkt hinzutretenden energiepolitischen Gesichtspunkte lassen es um so mehr gerechtfertigt erscheinen, die Kraftfahrzeugwegkosten — im Gegensatz zu den Kosten öffentlicher Verkehrsmittel — nicht in vollem Umfang zum Werbungskostenabzug zuzulassen.

| | bei einer Jahresfahrleistung von | | | |
|-------------------|----------------------------------|-----------|-----------|-----------|
| | 10 000 km | 15 000 km | 20 000 km | 25 000 km |
| am 1. Januar 1967 | 25,0 Pf | 20,4 Pf | 18,1 Pf | 16,7 Pf |
| am 1. April 1981 | 49,4 Pf | 41,3 Pf | 37,9 Pf | 35,3 Pf |

③ *Welcher Anteil der Unterhaltungskosten für einen Pk vom Typ VW Käfer entfiel im Jahre 1967 auf Kraftstoffkosten, jeweils bei den alternativen Jahresfahrleistungen?*

Antwort: Der Anteil der Kraftstoffkosten an den Gesamt-Haltungskosten betrug am 1. Januar 1967 für einen VW Käfer bei einer Jahresfahrleistung von

10 000 km = 21,6 %

15 000 km = 26,5 %

20 000 km = 29,8 %

25 000 km = 32,3 %

④ *Wie hoch ist dieser Anteil heute bei einem Pkw Typ VW Golf bei den alternativen Jahresfahrleistungen?*

Antwort: Der Anteil der Kraftstoffkosten an den Gesamt-Haltungskosten betrug am 1. Januar 1981 für einen VW Golf bei einer Jahresfahrleistung von

10 000 km = 23,7 %

15 000 km = 28,3 %

20 000 km = 30,9 %

25 000 km = 33,1 %

⑤ *Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung hinsichtlich ihrer wiederholt erklärten Absicht, für die „Pendler“ Erleichterungen zu schaffen, und wann ist mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage zu rechnen?*

Antwort: Die Bundesregierung arbeitet im Zusammenhang mit einer Änderung der Kraftfahrzeugsteuer auch an einem Konzept zur Lösung des Pendlerproblems entsprechend den energiepolitischen Notwendigkeiten. Sie strebt an, dieses Konzept möglichst nach der Sommerpause vorzulegen.

⑥ *Befürwortet die Bundesregierung eine einheitliche Entfernungspauschale für alle Verkehrsteilnehmer (einschließlich Fußgänger), oder hält sie an einer auf Fahrzeugbenutzer beschränkten Kilometerpauschale fest?*

Antwort: Die Bundesregierung bezieht in ihre Überlegungen auch die Einführung einer allgemeinen Entfernungspauschale für alle Verkehrsteilnehmer ein.

⑦ *Wie beurteilt die Bundesregierung eine nach Entfernungszonen abgestufte Kilometerpauschale, vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsvereinfachung?*

Antwort: Der Satz einer Kilometerpauschale und einer Entfernungspauschale kann nach Entfernungszonen abgestuft werden. Ob dies zweckmäßig ist, muß anhand der verkehrs- und energiepolitischen Zielsetzungen beurteilt werden. Der Gesichtspunkt der Verwaltungsvereinfachung spielt nach Stand der in der Finanzverwaltung erreichten Automation insoweit keine wesentliche Rolle.

Die Antwort der Bundesregierung ist unzulänglich und ausweichend, erklärt der Finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Jörg Häfele. Die Bundesregierung spekuliert offenbar auf Zeitgewinn in der Hoffnung, daß sich die Autofahrer allmählich an die hohen Benzinpreise gewöhnen werden.

Eine Erhöhung der Kilometerpauschale ist wegen der gestiegenen Betriebskosten, die vor allem eine Folge der hohen Benzinpreise sind, überfällig. Dies wagt selbst die Bundesregierung nicht zu bestreiten. Das Zurückbleiben der für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte geltenden Kilometerpauschale gegenüber der inzwischen doppelt so hohen Kilometervergütung für Geschäfts- und Dienstreisen wirft ein zusätzliches Rechtsproblem auf, aus dem sich ein Zwang zum Handeln ergibt. Oder muß die Regierung erst wieder durch das Bundesverfassungsgericht zum Handeln gezwungen werden?

■ BUNDESWEHR

Apel verschweigt die Wahrheit über unsere Verteidigungsbereitschaft

In den letzten Wochen häufen sich die Meldungen über offenkundige Fehlleistungen von Bundesverteidigungsminister Apel. Immer mehr besorgte Bürger erfahren durch informierte Journalisten von immer neuen Skandalen. Alle diese Meldungen wirken, so MdB Peter-Kurt Würzbach, entmutigend auf die jungen Wehrpflichtigen, sie enttäuschen die gesamte Öffentlichkeit, sie verunsichern unsere Partner im Westen — allein die Sowjetunion kann beruhigt weitererrüsten.

Nun könnte man über diese unglaublichen Fehlleistungen des ehemaligen Finanzministers Apel zur Tagesordnung übergehen. Man kann sich auch damit beruhigen, daß er eben nicht die Sachkenntnisse hat, die als Verteidigungsminister erforderlich sind. Es bleibt aber eine Tatsache, daß inzwischen bewiesen worden ist, welch ein gefährliches Maß an Gleichgültigkeit gegenüber der Sicherheit unserer Bundesrepublik Deutschland hier an den Tag gelegt wird.

Vor wenigen Wochen — während der sogenannten Rüstungsklausur — hat Minister Apel noch einmal in Erinnerung gerufen, daß seit 1975 nicht mehr die Bedrohung, sondern das gerade jeweils verfügbare Geld im Bundeshaushalt den Auftrag der Bundeswehr bestimmt. Was aber, außer der Bedrohung, ist Richtschnur für die Ausrü-

stung, die Ausstattung und den Auftrag der Bundeswehr?

Das Finanzierungsdesaster im Zusammenhang mit dem „Tornado“ mit allen seinen Auswirkungen füllt bereits heute Bände. Ein ganzer Untersuchungsausschuß ist damit befaßt, weil Verteidigungsminister Apel vor dem Untersuchungsausschuß nicht die Wahrheit sagen wollte. Inzwischen ist festgestellt worden, daß die nötigen Gelder für das Jahr 1981, die sich auf über 3 Milliarden DM belaufen, im Haushalt der Bundesregierung nur in einer Höhe von 2,8 Milliarden DM abgedeckt sind. Der Rest fehlt wieder. Für 1982 liegen Verbindlichkeiten von über 3 Milliarden DM vor. Im Entwurf sind jedoch nur 2,3 Milliarden DM vorgesehen. Der Rest fehlt. Bindungen von fast 3,1 Milliarden DM liegen für 1983 schon vor.

Wir haben erfahren müssen, daß die deutsche Luftwaffe über 100 Flugzeuge stilllegen mußte. Die von der NATO vorgesehenen jährlichen 240 Flugtrainingsstunden pro Pilot werden auf 144 Stunden reduziert, wegen Mangels an Flugbenzin. Welche Planung!

Auch das Heer ist betroffen. Die zahlenmäßig bereits hoffnungslos unterlegenen Panzerverbände werden weiter geschwächt. So müßten sie sich wegen der noch lange fehlenden Nachtzielgeräte vom nachtkampffähigen Angreifer überrollen lassen. Die Mittelknappheit für Munition und Betriebsstoff ist seit

Jahren unverändert — und unverändert bekannt. Erst eine entsprechende Bevorratung wäre die Garantie für unsere Sicherheit. Was nutzen uns die besten Panzer, wenn sie nicht fahren und sich nicht verteidigen können? Unsere Bundeswehr ohne das nötige Benzin!

Die bisherigen Sitzungen des Untersuchungsausschusses haben ergeben, daß der Verteidigungsminister das Parlament und die Öffentlichkeit belogen hat. Er hatte nämlich im Verteidigungsausschuß erklärt, er habe erstmals am 17. November 1980 von gewissen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Kampfflugzeug „Tornado“ erfahren. Die Wahrheit ist indessen, daß Minister Apel mindestens seit Mitte 1979 über die Finanzierungsproblematik seines Ministeriums informiert worden ist. Sein ehemaliger Staatssekretär Dr. Schnell erklärte dazu vor dem Untersuchungsausschuß, daß diese Tatsachen wegen der Bundestagswahl 1980 unter-

drückt werden sollten. Also Wählertäuschung!

Doch Verteidigungsminister Apel geht nicht nur mit den Problemen der materiellen Ausrüstung der Bundeswehr grob fahrlässig um. Seine offensichtliche Mißachtung der Probleme des einzelnen Soldaten ist mindestens genauso schlimm. So hat er zwar oft genug über den lange bekannten „Verwendungsstau“ in der Öffentlichkeit geredet. Die Vorgesetzten bei der Bundeswehr werden auf ihren Posten zu alt. Getan hat Apel nichts. Er beabsichtigt es offensichtlich auch nicht. Die mangelnde Wohnungsfürsorge für die Soldaten und die extrem hohe Dienstzeitbelastung, die keinem zivilen Mitarbeiter zugemutet wird, sind altbekannte andere Probleme, die Apel längst hätte beseitigen müssen. Auch das Fehlen von 40 Prozent Führern in der Truppe interessiert diesen Minister nicht. Wie sollte es auch. Er selbst hat sich ja lange genug beharrlich geweigert, jemals Verteidigungsminister zu werden.

Diesem Verteidigungsminister verdanken wir auch das Verbot der öffentlichen Gelöbnisfeiern für unsere Soldaten. Im Klartext bedeutet das, daß dieser Minister die jungen Soldaten hinter Kasernenmauern versteckt. Das Verbot zeigt ein weiteres Mal, daß Minister Apel die Soldaten als Menschen nicht interessieren.

Es ist ein unerhörter Vorgang, wenn ein Minister öffentlich erklären kann, daß er manchmal „unfair“ für den Erhalt der Macht seiner politischen Gruppe kämpft, daß er sagt: „Ich sage nicht immer die Wahrheit...“

Inzwischen ist der Bundeskanzler zu fragen, ob er das, was sich im Verteidigungsministerium tut, vor der Öffentlichkeit noch mit gutem Gewissen vertreten kann.

Bundeswehr nachts kampfunfähig

Der CDU-Wehrexperte Manfred Wörner hat erneut Bundesverteidigungsminister Hans Apel scharf angegriffen. In der Koblenzer „Rhein-Zeitung“ erklärte er, „fehlende Nachtzielgeräte bei Panzerabwehrraketen führen mit Sicherheit dazu, daß unsere bei Dunkelheit gegen Panzer wehrlosen Verbände überrollt werden. Ein Verteidigungsminister, der dies weiß und nicht schleunigst eine Änderung herbeiführt, verheizt im Verteidigungsfall die Truppe“. Wörner führte weiter aus, daß im gesamten Bereich der Beschaffung „gefährliche Lücken in den Verteidigungsetat“ gerissen würden. Dies treffe insbesondere für die Munition, Kampffahrzeuge, Fernmeldegerät und für Schiffe zu.

■ KOALITION

Jusos folgen Moskauer Parolen

Die Jungsozialisten wollen beim SPD-Parteitag im Frühjahr 1982 die Aufkündigung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses fordern. Nach der Rückkehr von politischen Gesprächen in Moskau erklärte der Vorsitzende Willi Piecyk in Bonn, die Jusos seien nach wie vor der Auffassung, „daß die von der NATO verlangte Stationierung neuer Atomraketen und Marschflugkörper in der Bundesrepublik nur mehr Unsicherheit schaffen würde“.

Freie Bahn in den Staatsdienst für Kommunisten und Neonazis

Zu der jetzt eingegangenen Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Carl-Dieter Spranger (CSU):

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort mitgeteilt, daß seit dem Inkrafttreten der von der Bundesregierung beschlossenen neuen Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue (1. April 1979) bei rd. 130 000 neu eingestellten Beschäftigten des Bundes insgesamt nur 98 Anfragen bei den Verfassungsschutzbehörden wegen möglicher Bedenken wegen der Verfassungstreue der Bewerber erfolgt sind. Damit ist erwiesen, daß beim Bund seit 1979 die Überprüfung der Verfassungstreue der Bewerber für den öffentlichen Dienst praktisch nicht mehr stattfindet. Die Bundesregierung verstößt aber gegen

die ihr nach den Beamtenengesetzen aufgetragene Verpflichtung, vor der Einstellung zu prüfen, ob der Bewerber die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt. Natürlich kann kein Einstellungsbeamter unter diesen Umständen konkrete Anhaltspunkte finden, da ihm der Bewerber seine eventuelle verfassungsfeindliche Einstellung nicht auf die Nase binden wird. Die CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, von dieser Praxis wieder abzukommen und bei der Einstellung von Bewerbern in den öffentlichen Dienst jene Kriterien anzulegen, wie sie der Verfassung und den Beamtenengesetzen entsprechen.

SPD-Mitglieder rufen zur Wahl von Weizsäckers auf

Knapp zweieinhalb Wochen vor der Neuwahl des Berliner Abgeordnetenhauses am 10. Mai riefen 13 langjährige Berliner SPD-Mitglieder in einer öffentlichen Erklärung „die bisherige sozialdemokratische Wählerschaft der Stadt“ auf, diesmal die Stimme nicht der SPD zu geben und „für den demokratischen Wechsel, für einen besseren Senat unter Führung von Richard von Weizsäcker“ (CDU) einzutreten.

In der Erklärung der 13 SPD-Mitglieder heißt es, Berlin sei einem „fortschreitenden Erosionsprozeß“ ausgesetzt. Die Berliner SPD sei „personell total erschöpft und derzeit nicht in der Lage, einen handlungsfähigen Senat zu tragen, auch nicht mit Hans-Jochen Vogel“. Die Partei sei krank und brauche jetzt „Ruhe und Zeit, wieder zu gesunden“. In dieser Situation müsse „jeder Staatsbürger und Demokrat das Interesse des Ganzen ins Auge fassen, und das Ganze ist Berlin, ist seine freiheitli-

che Existenz, seine Wohlfahrt, seine Rechtsstaatlichkeit“.

Zu den Unterzeichnern gehört auch Hermann Kreutzer, der frühere und inzwischen in den einstweiligen Ruhestand versetzte Leiter der Abteilung innerdeutsche Beziehungen beim Bundesbesvollmächtigten in Berlin.

Spaltung in Hamburg

Heftige Auseinandersetzungen um den Doppelbeschluß der NATO gefährden die brüchige Einheit der Hamburger SPD und bedrohen die Stellung von Bürgermeister Hans-Ulrich Klose. 23 Abgeordnete der SPD-Bürgerschaftsfraktion — der gesamte linke Flügel — haben ein von der kommunistisch orientierten DFU initiiertes Protestpapier („Der Atomtod bedroht uns alle“) gegen die Nachrüstung unterzeichnet. Nach einer leidenschaftlich geführten Diskussion in der SPD-Fraktion lehnten die „Linken“ ein von Klose vorgelegtes Kompromißpapier ab. Darin werden zwar die „ständig steigenden Rüstungsausgaben“ kritisiert, aber der NATO-Beschluß akzeptiert. Erstmals ist es so zu einem Bruch zwischen dem Bürgermeister und dem linken Parteiflügel gekommen. Die Vorgänge innerhalb der Hamburger SPD beweisen einmal mehr, daß diese Partei nicht in der Lage ist, Regierungsverantwortung zu tragen und sich zunehmend zu einem Sicherheitsrisiko für unser Land entwickelt, erklärte MdB Jürgen Echternach, Landesvorsitzender der CDU Hamburg.

Auch in Bayern uneinig

Widerstand gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO, Waffenexporte und die Stationierung von Neutronenwaffen ist in der bayerischen SPD in Gang gekommen.

Er schlägt sich in 17 Anträgen aus allen drei Parteibeirken nieder. Unter anderem wird auch der Versuch von 24 SPD-Bundestagsabgeordneten, eine Milliarde Mark aus dem Verteidigungshaushalt zu kürzen und in die Entwicklungshilfe umzuleiten, den Parteitag wieder beschäftigen. Es sind heftige Auseinandersetzungen zu erwarten.

„Schaukelspiele“ der SPD mit den Grünen

An der kommunalen Bündnispolitik der SPD nach den Gemeindewahlen vom 22. März in Hessen hat der CDU-Generalsekretär und Landtagsabgeordnete Kanther Kritik geübt. Nach seiner Ansicht wirken sich die angebahnten „rot-grünen Verbindungen“ der SPD in einer Reihe von Städten für die Sozialdemokraten „langfristig selbstzerstörerisch“ und für die Landespolitik lähmend aus. Kanther bezeichnete es als eine „sehr kurzfristige Strategie“ der SPD, wenn sie nun auf dem Umweg über Vereinbarungen mit den Grünen versuche, „weggelaufene Wähler im nachhinein zu erwischen, um einige Posten zu sichern“.

Der hessische CDU-Generalsekretär glaubt eine „Demontage des Ministerpräsidenten“ durch die kommunalen SPD-Politiker ablesen zu können. Vom Oberbürgermeister in Kassel bis zum Bürgermeister im nordhessischen Breuna (der als Vorkämpfer gegen eine atomare Wiederaufbereitungsanlage auftritt) „macht jeder SPD-Strategie seine Privatpolitik am Ministerpräsidenten vorbei“, meinte Kanther. Die SPD werde zunehmend aufgrund innerer Schwäche, Richtungs- und Führungslosigkeit eine „unkalkulierbare Größe, bei der der Kopf nicht mehr weiß, wohin ihn die Füße tragen“.

■ JUGENDSCHUTZGESETZ

Drängende Probleme erfordern eine unverzügliche Novellierung

Mit einem von der CDU/CSU-Bundstagsfraktion eingebrachten Antrag einer Novellierung des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit wird die Bundesregierung ersucht, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, da das geltende Gesetz nicht mehr den gegenwärtigen Erfordernissen entspricht.

Reformbedürftig ist — so **MdB Hermann Kroll-Schlüter** — insbesondere die Bestimmung zur Konkretisierung des Begriffs „jugendgefährdeter Ort“. Die generelle Umschreibung als „Gefährdung der körperlichen, seelischen und gesellschaftlichen Entwicklung“ ist nicht geeignet, um den zuständigen Behörden vor Ort eine inhaltlich bestimmte Ermächtigungsgrundlage zum Einschreiten zu vermitteln.

Regelungsbedürftig ist weiterhin eine Vereinheitlichung der Altersgruppierung auf 14jährige (Jugendliche) und 18jährige (Volljährige). Die bisherigen verwirrenden Altersdifferenzen und Zeitgrenzen verhindern überschaubare Tatbestände. Sie sind daher unpraktikabel und entsprechen nicht kriminalpolizeilichen Bedürfnissen.

Unter dem Gesichtspunkt, daß die Situation der Kinder und Jugendlichen in Familie, Gesellschaft, im Ausbildungs- und Berufsverhältnis sich verändert hat, ist eine Neufassung des Jugendschutzgesetzes dringend geboten. Jugendge-

fährdende Tendenzen treten immer stärker in den Vordergrund, gekennzeichnet durch Rauschmittelsucht, Drogenkonsum und Alkoholmißbrauch.

Die Steigerung der Rauschmittelkriminalität beträgt 28 %. Jugendkrawalle, Hausbesetzungen und politischer Radikalismus nehmen zu. Immer mehr Jugendliche brechen aus ihrem Elternhaus aus und wenden sich destruktiven oder radikalen Gruppen zu. Diese Erscheinungen sind nicht lediglich das Ergebnis einer allgemeinen gesellschaftspolitischen Entwicklung, sondern auch Folgen eines unzureichenden und überholten Jugendschutzes.

Mit der Reform des Betäubungsmittelrechts wird zwar ein Teilbereich des Jugendschutzes gewährleistet, doch fehlt es bislang an einem umfassenden Jugendschutz, zumal das Jugendhilfe-recht scheinbar ebenfalls auf absehbare Zeit nicht zu realisieren ist.

Seit Jahren hat die Bundesregierung die Notwendigkeit einer Änderung des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit nicht bestritten, doch hat sie es verabsäumt, über die Vorlage von Referentenentwürfen eine konkrete Gesetzesinitiative zu ergreifen.

Es ist nicht zu verantworten, angesichts des Scheiterns auch der Jugendhilfereform in der vergangenen Legislaturperiode, zumindest eine Novellierung des Jugendschutzgesetzes weiterhin auf die lange Bank zu schieben.

■ AUSSIEDLER

Rückgang um nahezu ein Drittel

Von Friedland und Nürnberg liegen jetzt die Zahlen der im ersten Quartal 1981 in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffenen Aussiedler und der Besucher, die ohne Genehmigung zur endgültigen Ausreise hierbleiben wollen, vor. Im Gegensatz zum ersten Quartal 1980, als 13 649 deutsche Staatsangehörige und Volkszugehörige registriert worden waren, sind es 1981 nur 9 220 gewesen. Das bedeutet einen Rückgang um nahezu ein Drittel.

Dazu erklärt MdB Herbert Hupka: Obwohl immer wieder versichert wird, daß bei den Gesprächen in Moskau, sowohl im Sommer 1980 als auch im April 1981, das Ausreisebegehren der Sowjetbürger deutscher Volkszugehörigkeit eingehend behandelt worden sei, kommen immer weniger Deutsche aus der Sowjetunion zu uns. Seit 1977 ist die Zahl der Ausreisegenehmigungen rückläufig. Vergleicht man die beiden ersten Quartale 1981 und 1980, so sind wiederum 30 Prozent weniger Aussiedler registriert worden. 1 091 gegenüber 1 500.

Unter den Deutschen, die aus Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße hier eintreffen, ist die Zahl derer, die nur mit einem Besuchsvisum einreisen und nicht mehr zurückkehren, besonders hoch. Ohnehin sind im ersten Quartal 1981 nahezu 40 Prozent (2 127)

weniger Deutsche, vor allem aus Oberschlesien und Ostpreußen mit einem Ausreise- oder Besuchsvisum in die Bundesrepublik Deutschland eingereist. Daß es über 50 Prozent Besucher sind, die nicht mehr zurückkehren wollen, macht die zur Zeit besonders schwierige Lage der Ausreisewilligen offenkundig. Es dauert häufig drei und mehr Jahre, bis die polnischen Behörden die als Faustpfand zurückgehaltenen Familienangehörigen endlich ausreisen lassen, wobei erschwerend hinzukommt, daß sich das polnische Außenministerium weigert, Interventionsnotizen unserer Botschaft überhaupt entgegenzunehmen.

Die genaue Zahl, die Oder-Neiße-Gebiete betreffen, lautet für das erste Quartal 1981: 5 692 gegenüber 7 819 im gleichen Zeitraum 1980.

Die erfreulichste Zahl des Jahres 1980 war die der Aussiedler aus Rumänien, als 15 767 Deutsche aus Siebenbürgen und dem Banat — unter ihnen allerdings 20 Prozent Besucher ohne Ausreisevisum — hier eingetroffen waren. Vergleicht man die ersten Quartale 1981 und 1980, so ist leider festzustellen, daß die Zahl um die Hälfte zurückgegangen ist (1981: 1 965, 1980: 3 990).

Wenn demnächst auf dem Madrider Nachfolgetreffen um ein Schlußkommuniqué debattiert werden wird, sollte unter Berufung auf Korb III der KSZE-Schlußakte vor allem auch und erneut auf die Situation der Deutschen, das Volksgruppenrecht und die Möglichkeit zur Ausreise hingewiesen werden. Es ist bestürzend, daß ausgerechnet während der Beratungen in Madrid den Deutschen nicht mehr, sondern weniger Freizügigkeit eingeräumt wird.

■ SUBVENTIONSABBAU

Von der Regierung eingebrachter Gesetzentwurf ist unzulänglich

Mit den Stimmen der SPD- und FDP-Abgeordneten bei Stimmenthaltung der CDU/CSU-Mitglieder hat der federführende Finanzausschuß am 10. April den Regierungsentwurf eines Subventionsabbaugesetzes mit einigen wenigen Änderungen verabschiedet.

Die Opposition wollte Koalition und Bundesregierung nicht in den Arm fallen, wenn sie angesichts der besorgniserregenden Staatsverschuldung ernsthaft etwas gegen Subventionen unternehmen will. Den Gesetzentwurf selbst wertete sie als „unzulänglich“.

Im einzelnen sieht der Gesetzentwurf u. a. eine Umstellung des Verfahrens bei der Gasölbetriebsbeihilfe für die Landwirtschaft vom Verbrauchs- auf das Folgejahr, den stufenweisen Abbau der Treibstoffbeihilfe für schienengebundene Fahrzeuge und im öffentlichen Personennahverkehr sowie eine Beseitigung der Mineralölsteuerfreiheit für Teile der Luftfahrt vor.

Reduziert wird die Sparförderung: So wird die Prämienvergünstigung bei neu abgeschlossenen Sparverträgen aufgehoben. Beim Bausparen werden der Prämiensatz von 18 auf 14 Prozent verkürzt und die Sperrfrist von sieben auf zehn Jahre verlängert. Die Doppelförderung wird generell beseitigt.

Dazu MdB Günter Straßmeir: Der im Subventionsabbaugesetz vorgesehene Wegfall der Gasölbetriebsbeihilfe für

den öffentlichen Personennahverkehr ist nach Auffassung der CDU/CSU ein glatter Schildbürgerstreich. Diese Maßnahme paßt überhaupt nicht in die verkehrs- und energiepolitische Landschaft der 80er Jahre, denn sie

- verteuert den öffentlichen Nahverkehr in einer Größenordnung bis zu 10 %,

- bestraft damit insbesondere diejenigen, die über kein Kraftfahrzeug verfügen und auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind,

- wirkt dem erwünschten Umsteigen vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr genau entgegen,

- verschlechtert die ohnehin nicht rosig wirtschaftliche Lage der Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs mit der Gefahr weiterer Einschränkungen des Leistungsangebots.

Der Finanzminister selbst hat erklärt, daß ihm diese Maßnahme fast kein Geld für den Bundeshaushalt bringt. Es sind ganze 67 Mio. DM. Dafür werden 530 Mio. DM alles andere als sinnvoll umgeschichtet und bei den Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs ein Loch von 300 Mio. DM aufgerissen, das durch Preiserhöhungen oder durch Zuschüsse von den unteren politischen Ebenen gestopft werden muß. Die Frage schließlich, wo ausgerechnet im öffentlichen Personennahverkehr ölsparende Fahrzeuge herkommen sollen, wird gar nicht ernsthaft zur Diskussion gestellt.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neu im Angebot:

Zum Thema: Wohnungsbau

In den wohnungsbaupolitischen Grundlinien hat die CDU konkrete Alternativen entwickelt. Die Zum-Thema-Broschüre enthält das wohnungsbaupolitische Programm der CDU, in dem die Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungsbau- und Städtebaupolitik dargelegt werden. Darüber hinaus werden die Diskussionsbeiträge des Bundesparteitages wiedergegeben.

Zum Thema: Wohnungsbau

Das wohnungsbaupolitische Programm der CDU

„Grundlagen für eine zeitgerechte Wohnungsbau- und Städtebaupolitik“

Beschlossen vom
29. Bundesparteitag
der CDU am 10. März 1981

CDU

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro 100 Exemplare: 30,— DM
Bestell-Nr.: 5238

Neu im Angebot:

Zum Thema: Drogen

Drogen- und Rauschmittelmisbrauch in der Bundesrepublik Deutschland haben ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, entscheidende Maßnahmen zu seiner Bekämpfung zu ergreifen.

Deshalb faßte der CDU-Bundesparteitag einen Beschluß über Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmisbrauchs.

Die Zum-Thema-Broschüre gibt diesen Beschluß im Wortlaut wieder.

Zum Thema: Drogen

Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmisbrauches

Beschluß des Bundesparteitages der CDU vom 10. März 1981
Bessere Gesetze, Vorbeugung, polizeiliche Maßnahmen, erfolgreiche Beratung, wirksame Therapie, internationale Bekämpfung des Drogenhandels, Engagement der Parteimitglieder.

CDU

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro 100 Exemplare: 19,— DM
Bestell-Nr.: 5239

Zur Sache:

1,2 Millionen Arbeitslose Das muß nicht sein

Über eine Million Menschen ohne Arbeit - und das seit 7 Jahren.

1,4 Millionen werden es bis zum Jahresende sein, sagen die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute. 3 Millionen Arbeitslose stehen uns bevor, wenn es in den nächsten 5 Jahren nicht gelingt, für zusätzlich 1,5 Millionen junge Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen Arbeitsplätze zu schaffen.

Arbeitslosigkeit ist menschenunwürdig. Die CDU findet sich mit ihr nicht ab. Die CDU hat ein wirkungsvolles Programm gegen die Arbeitslosigkeit vorgelegt.

Noch in diesem Jahr könnte es wieder bergauf gehen,

● **wenn die geplanten Kohle- und Kernkraftwerke gebaut werden;**

innerparteiliche Querelen der SPD verhindern dies,

● **das Kabelfernsehen eingeführt wird;**

der Bundeskanzler hat die Verkabelung der Großstädte verboten,

● **mehr für den frei finanzierten Wohnungsbau getan wird;**

Dirigismus und bürokratische Hemmnisse im Wohnungsbau haben zu einem Niedergang des sozialen und des freien Wohnungsbaus geführt.

Fachleute schätzen, daß so bis zu 100 Milliarden DM investiert werden könnten. Ohne Konjunkturprogramm und ohne bürokratischen Aufwand könnte die Arbeitslosigkeit drastisch vermindert werden.

Was sagt die SPD, die sich die Partei der Arbeitnehmer nennt, zur Arbeitslosigkeit? Helmut Schmidt: „Das deutsche Volk ist verwöhnt.“ (Süddeutsche Zeitung vom 7. 4. 1981).

Wir, die CDU, sagen: Schmidt und die SPD haben das Gefühl verloren für die Sorgen und Nöte der Bürger.

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

TERMINE

- 1./2. 5. **Frauenvereinigung — Bund**
Bundesdelegiertentag, Göttingen
- 1./3. 5. **JU — Bund**
Klausurtagung des Bundes-
vorstandes
- 4. 5. **CDU — Bund**
Präsidium, Bonn
- 5. 5. **LV Westfalen-Lippe**
Kreisgeschäftsführertagung,
Dortmund
- 8. 5. **LV Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 8. 5. **CDA — Bund**
Geschäftsführender Bundes-
vorstand, Königswinter
- 8. 5. **CDA — Bund**
Bundesvorstand, Königswinter
- 8./9. 5. **BV Südbaden**
Bezirksparteitag, Rheinfelden
- 8./9. 5. **CDA — Bund**
Rentenpolitischer Kongreß
- 9. 5. **LV Baden-Württemberg**
Mittelstandsvereinigung,
Landesdelegiertenversammlung,
Rottenburg
- 9. 5. **JU Hessen**
Landesausschuß, Hanau
- 11. 5. **LV Bremen**
Landesvorstand

- 11. 5. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 13. 5. **CDU — Bund**
Landesgeschäftsführerkonferenz,
Bonn
- 15./16. 5. **KPV — Bund**
Arbeitskreis „Große Städte“
Bundesfachtagung „Jugend“
Ausländische Jugend, Hannover
- 15./17. 5. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitische Regional-
tagung, Oberbergen
- 16. 5. **LV Bremen**
Landesparteitag
- 16. 5. **BV Nordwürttemberg**
Bezirksparteitag, Wernau
- 16. 5. **LV Rheinland**
Frauenvereinigung, Landes-
versammlung, Düren
- 16. 5. **JU Niedersachsen**
Fachtagung Agrarpolitik“, Verden
- 16. 5. **LV Saar**
Landesparteitag, Saarbrücken
- 18. 5. **LV Baden-Württemberg**
Präsidium und Landesvorstand,
Stuttgart
- 22. 5. **LV Rheinland-Pfalz**
Landesparteiausschuß, Mainz
- 22. 5. **LV Braunschweig**
Landesausschuß, Braunschweig
- 22. 5. **LV Hessen**
Landesvorstand, Fernwald
- 22./24. 5. **CDA — Bund**
Sozialsekretärskonferenz

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demo-
kratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich:
Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28)
54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstra-
ße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04.
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung:
Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheck-
konto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis
jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UfD